



Fr-12330 der Beifagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DIE BUNDESMINISTERIN
 für Umwelt, Jugend und Familie
 MARIA RAUCH-KALLAT

GZ. 70 0502/208-Pr.2/93

20.1.1994

A-1031 WIEN, DEN
 RADETZKYSTRASSE 2
 TELEFON (0222) 711 58

An den
 Herrn Präsidenten
 des Nationalrates
 Parlament
 1017 Wien

5603/AB
1994-01-25
zu 5665/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Svhalek und Genossen haben am 25. November 1993 an mich eine schriftliche Anfrage mit der Nr. 5665/J betreffend Umsetzung der Resultate der Ost-Umweltministerkonferenz vom 28./29. März 1993 gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

1. Es wurde das Erfordernis eines Regionalkonzeptes und der engen Kooperation auf dem Gebiet der Energie betont. Welche konkreten Maßnahmen zur Realisierung des Konzeptes wurden bisher gesetzt?
2. Wie sieht die enge Kooperation konkret aus?
3. Existieren konkrete Konzepte und bilaterale bzw. multilaterale Maßnahmen betreffend Erhaltung und wirksamer Einsatz der Energieträger sowie Entwicklung erneuerbarer Energiequellen?

4. Wie weit sind die Arbeiten an einem Regionalkonzept auf dem Energiegebiet v.a. hinsichtlich wirksamer Einsatz der Energieträger und Entwicklung erneuerbarer Energiequellen gediehen?
5. Existiert bereits ein Konzept hinsichtlich Kennzeichnung aller Holzarten?
6. Wenn ja, wie wurde es konkret gestaltet?
7. Ein weiterer Punkt des Memorandums sieht vor - in enger Kooperation mit der Initiative für Mitteleuropa - eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die ein gemeinsames Programm zur Erhaltung der Energieträger in den beteiligten Staaten sowie Verwendung alternativer Energiequellen ausarbeiten soll.
Hat sich diese Arbeitsgruppe bereits konstituiert?
8. Wenn ja, wer sind konkret die Mitglieder dieser AG?
9. Wieviele Sitzungen fanden bereits statt?
10. Welche Schritte zur Realisierung der gesetzten Ziele wurden bereits gesetzt?
11. Wenn nein, wann ist mit der Konstituierung der Arbeitsgruppe zu rechnen?
12. Es wurde weiters das Erfordernis festgehalten, zur Unterstützung des pan-europäischen Ansatzes neue und innovative Ansätze zur Abwicklung von Hilfsmaßnahmen im Umweltschutz auf regionaler und sub-regionaler Grundlage auszuarbeiten.
Wie und durch wen wird diese Aufgabe konkret gelöst werden?

- 3 -

13. Welcher Zeitrahmen steht dafür zur Verfügung?
14. Wie wird die Umsetzung erfolgen?
15. Dem Vernehmen nach wurde vereinbart, die gemeinsame Zusammenarbeit zwischen den Kooperationspartnern durch Workshops zu verschiedenen Themenbereichen zu intensivieren. Weiters wurde Kooperation im Bereich Umweltmonitoring und die Intensivierung des Austausches von Meßdaten vereinbart.
Wieviele der o.a. Workshops haben bereits stattgefunden?
16. Wer hat seitens Ihres Ressorts daran teilgenommen?
17. Wie sind die konkreten Zwischenergebnisse?
18. Wurde die Intensivierung des Austausches der Meßdaten bereits durchgeführt?
19. Wenn ja, in welchen Bereichen und in welchem Ausmaß?
20. Die Ost-Umweltministerkonferenz behandelte auch Fragen der friedlichen Nutzung der Kernenergie.
Welche Resultate wurden bei den Gesprächen - v.a. auch hinsichtlich Ausstieg der Nachbarländer Österreichs aus der Atomenergie bzw. Maßnahmen betreffend verstärkte Sicherheitsmaßnahmen des Betriebes der bestehenden Atombetriebe und alternative Möglichkeiten für nukleare Anlagen - erzielt?

- 4 -

ad 1 und 2

Die Studie "Möglichkeiten der Energieeffizienzsteigerung in der Tschechischen Republik bzw. in der Slowakischen Republik", die aufgrund der Teilung der CSFR nunmehr in zwei Teilprojekten durchgeführt wird, soll bis Mitte 1994 fertiggestellt werden.

Die projektdurchführende Energieverwertungsagentur wird bei ihren Arbeiten besonderes Schwergewicht auf die Formulierung energie- und umweltpolitischer Maßnahmen legen, die zur Steigerung der effizienten Nutzung von Energie in den beiden Staaten dienen können. Weiters wird der Bereich der erneuerbaren Energieträger behandelt werden.

Die inhaltliche Schwerpunktsetzung sowie die Abstimmung organisatorischer Fragen erfolgt jeweils in bilateralen Gruppen, die aus ExpertInnen sowie VertreterInnen der zuständigen Ministerien jeweils beider Staaten bestehen.

Auf besonderen Wunsch der Ministerien für Industrie und Handel sowie Umwelt der Tschechischen Republik wird im Rahmen des Tschechischen Teilprojektes die Möglichkeit der Regionalisierung der Ergebnisse besondere Beachtung finden. Vereinbart wurde, daß das Tschechische Umweltministerium meinem Ressort noch heuer eine Punktation für eine Regionalstudie übermitteln wird, die den Interessen der CR entspricht. Für den Bereich der Slowakischen Republik ist seitens meines Ressorts eine derartige Bereitschaft zur Kooperation grundsätzlich ebenfalls gegeben.

- 5 -

ad 3

Für die Tschechische sowie für die Slowakische Republik werden Konzepte betreffend den sinnvollen Einsatz erneuerbarer Energieträger im Rahmen der unter Punkt 1 genannten Studien erarbeitet.

ad 4

Für den Bereich der Tschechischen Republik sowie der Slowakischen Republik stellen die unter Punkt 1 genannten Studien unerlässliche Grundlagen für die Regionalisierung der Ergebnisse für bestimmte Regionen der genannten Staaten dar. Mit der Tschechischen Republik wird voraussichtlich eine Kooperation zur Erstellung regionaler Energiekonzepte erfolgen.

ad 5 und 6

Ein konkretes Konzept zur Holzkennzeichnung liegt noch nicht vor. Mein Ressort ist derzeit mit der Umsetzung der im Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1992 statuierten Bestimmungen hinsichtlich der Schaffung eines Gütezeichens für Holz und Holzprodukte aus nachhaltiger Nutzung befaßt.

Im September 1993 wurde auf Basis des genannten Bundesgesetzes der "Holzbeirat" unter Vorsitz meines Ministeriums eingerichtet. Zum Aufgabenbereich des Holzbeirates zählt unter anderem die Erarbeitung von Kriterien für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder im tropischen, borealen und gemäßigten Bereich.

Da die Zertifizierung von Holz und Holzprodukten in mehreren europäischen Ländern, im Bereich der Kommission der EU, aber auch im Rahmen internationaler Organisationen ein vielfeldisku-

tiertes Thema ist und es auch mehrere Initiativen in Richtung Holzzertifizierung gibt, halte ich es für wichtig, daß Österreich bei der Schaffung des Gütezeichens nicht isoliert vorgeht. Die Notwendigkeit einer abgestimmten Vorgangsweise ergibt sich auch aus der Vernetzung des Holzmarktes, insbesondere im mitteleuropäischen Raum.

Zur Prüfung möglicher österreichischer Vorgangsweisen wurde von meinem Ressort eine Studie mit dem Projekttitel "Holzkennzeichnung/Gütezeichen für Holz und Holzprodukte-Variantenstudium" an die Universität für Bodenkultur vergeben, die Ende März 1994 fertig sein wird. Ein erster Zwischenbericht, der die aktuelle internationale Politik in diesem Bereich darstellt und vergleicht, liegt bereits vor.

Vorrangige Aufgabe des Holzbeirates ist neben der Festlegung von Kriterien für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung die Erarbeitung eines glaubwürdigen und auf breite Akzeptanz stößenden Systems zur Zertifizierung von Holz und Holzprodukten.

Die Frage der Kontrolle des Zertifizierungssystems, die sich von der Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien im Produktionsgebiet über die Überwachung des zertifizierten Holzes in der Handelskette bis hin zur Abgabe des Holzes an den Verbraucher zu erstrecken hat, ist in diesem Zusammenhang von grundsätzlicher Bedeutung.

Die Erarbeitung des Grundgerüsts, d.h. eines effizienten und glaubwürdigen Zertifizierungssystems, hat daher prioritären Stellenwert, unabhängig davon, ob sich die durch die Zertifizierung bereitgestellte Information auf die Art oder Herkunft des Holzes oder auf das Gütemerkmal "aus nachhaltiger Nutzung" bezieht.

- 7 -

ad 7 bis 10

Von meinem Ressort wurden Arbeitsgruppen mit der Tschechischen Republik sowie mit der Slowakischen Republik eingerichtet. Diese Arbeitsgruppen diskutieren auch die über den Bereich der unter Punkt 1 genannten Studien hinausgehenden Möglichkeiten der bilateralen energiepolitischen Zusammenarbeit.

Aufgrund der durchaus unterschiedlichen energie- und umweltpolitischen Prioritätensetzungen der einzelnen zentral- und osteuropäischen Staaten erschien es bislang sinnvoll, die Kooperation auf bilateraler Ebene durchzuführen. Die Arbeitsgruppe wurde daher bislang noch nicht konstituiert. Die Ergebnisse der bilateralen Kooperation sowie die dabei gewonnenen Erfahrungen werden jedenfalls wichtige Beiträge für die Arbeit einer multinationalen Arbeitsgruppe bilden können.

ad 11

Die Arbeitsgruppe wird auf Basis der bilateralen Kontakte 1994 eingesetzt werden.

ad 12 - 14

Die Unterstützung der Bemühungen der Länder Zentral- und Osteuropas, die Natur- und Umweltschäden zu sanieren, die totalitäre Machtsysteme hinterlassen haben, ist eines der zentralen umweltpolitischen Anliegen des paneuropäischen Prozesses. Diesem Ansatz zufolge wurde nicht nur ein umfangreiches Umweltaktionsprogramm für Zentral- und Osteuropa festgeschrieben, er zeigt sich besonders in den Bemühungen, den jungen Demokratien bei der Bewältigung der Umweltschäden finanzielle Hilfestellung zu geben.

- 8 -

Der Rahmen, in dem die Koordinierung und Systematisierung dieser Finanzhilfe stattfindet und der zugleich mithelfen soll, Doppelgleisigkeiten und unnötigen Bürokratismus zu vermeiden, ist die Project Preparation Facility des für das eigentliche Projektmanagement zuständigen multilateralen Komitees (PPF/-PPC).

Österreich wurde wegen seiner finanzielle Anstrengungen im Rahmen der Förderung von Umweltschutzmaßnahmen im Ausland eingeladen, diesem Project Preparation Committee beizutreten und angesichts seiner Bereitschaft, die nächste Tagung der PPF/PPC in Österreich durchzuführen, mit dem Vorsitz für das erste Halbjahr 1994 ausgezeichnet.

Die Beratungen über die Aufbringung der Finanzmittel und ihres optimalen Einsatzes im Rahmen dieser für 28. Februar - 1. März 1994 in Wien geplanten Tagung werden sich auch mit der Frage zu beschäftigen haben, inwieweit sich der Ansatz des im Rahmen der Ost-Umweltministerkonferenz diskutierten und auf dem Prinzip der Hilfe für Selbsthilfe basierenden "Ökologischen Aufbauprogrammes für Osteuropa" der Bank-Austria vor dem Hintergrund des paneuropäischen Finanzierungsmodells, aber auch der Modelle internationaler Finanzierungsinstitutionen, verwirklichen läßt.

Ein Zeitrahmen dieser im wahrsten Sinn des Wortes innovativen Überlegungen ist noch schwer abzusehen. Fest steht jedoch, daß allen Beteiligten die Dringlichkeit angesichts der ökologischen Mißstände und ihrer Konsequenzen für die menschliche Gesundheit bewußt ist und daß sich zumindest bis zur 3. paneuropäischen Konferenz der Umweltminister 1995 in Sofia erste Erfolge der gemeinsamen Anstrengungen abzeichnen müssen.

ad 15 - 19

Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes mit den Umweltministerien der Reformstaaten wurde intensiviert bzw. in den Fällen, wo von einer Übernahme des Vertrages durch den Nachfolgestaat Abstand genommen wurde, auf Basis eines Memorandum of Understanding erneuert.

Der Vertrag mit Ungarn, BGBl. Nr. 415/1985, wird auf Basis des Arbeitsplanes für die Jahre 1992-1994 implementiert. Er bildet u.a. die Grundlage für die Errichtung und Betreibung einer österreichisch-ungarischen Ozonmeßstelle in Köris-hegy (Westungarn) zur Bestimmung von Luftqualität und meteorologischen Angaben (Betreuung durch das Umweltbundesamt). Auf Expertenebene wird ferner die Möglichkeit einer Erweiterung des Luftqualitätsmeßnetzes diskutiert. Ein Austausch von Luftqualitätsdaten der Städte Wien und Budapest wird ebenfalls durch das Umweltbundesamt überwacht.

Der Arbeitsplan zum Vertrag mit Polen, BGBl. Nr. 39/1990, wird derzeit für die Jahre 1994-1996 neu verhandelt. Darin wird neuerlich die fachliche Zusammenarbeit im Bereich Luftreinhaltung und Monitoring festgeschrieben sein.

Auf Wunsch der tschechischen Republik wurde der mit der ehemaligen CSSR abgeschlossene Vertrag, BGBl. Nr. 112/1989, beibehalten. Der entsprechende Arbeitsplan ist ausverhandelt und wurde am 11. Oktober 1993 in Prag paraphiert. Auch er enthält die Vereinbarung auf Zusammenarbeit im Bereich Luftreinhaltung und Monitoring.

Das Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes zwischen den Umweltministerien Österreichs und der Slowakei wurde von mir und Minister Zlocha

am 15. November 1993 in Bratislava unterzeichnet. Es sieht ebenfalls den Austausch von Erfahrungen und ExpertInnen im Bereich Luftreinhaltung und Monitoring vor.

Im November 1992 wurde von meinem Ressort in Wien ein Workshop über Luftreinhaltung abgehalten, an dem ExpertInnen aus der damaligen CSFR, aus Ungarn, Polen, Slowenien, Kroatien und Bulgarien teilnahmen.

Ferner wurden im Jahre 1992 vier Abfallwirtschaftsseminare zu den Fachbereichen Abfallwirtschaftsgesetz, Abfallkatalog, Eluieren und Abfällen sowie Altlasten und Altlastensanierung abgehalten. Diese Serie wurde im Jahre 1993 mit zwei weiteren Seminaren zu den Themen Abfallbegleitscheinsystem und -verbund sowie Umweltverträglichkeitserklärung und -prüfung fortgesetzt.

Weitere ExpertInnentreffen haben im Jahr 1993 zu den Bereichen Umwelterziehung und Gewässerschutz stattgefunden.

Alle diese Veranstaltungen wurden sowohl von den österreichischen als auch von den ausländischen TeilnehmerInnen als äußerst hilfreich und nützlich beurteilt.

Abschließend wird auf die enge trilaterale Zusammenarbeit im Bereich der Ramsar-Konvention zwischen Österreich, der Slowakei und Ungarn hingewiesen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Erstellung und laufende Aktualisierung einer digitalen Basiskarte der im österreichisch-ungarisch-slowakischen Grenzgebiet bestehenden und geplanten Schutzgebiete im Maßstab 1:100.000.

- 11 -

Ergänzend zu den digitalen Daten der Karte wird auch eine kleine Datenbank mit Basisinformationen über diese Gebiete erstellt werden. Zu einem späteren Zeitpunkt wird es bei Bedarf möglich sein, sowohl das CORINE-Landcover Projekt als auch das CORINE-Biotop Projekt mit diesen Arbeiten zu verknüpfen.

ad 20

Wenige Wochen nach dem genannten Treffen in Wien hat die 2. Paneuropäische Umweltministerkonferenz in Luzern stattgefunden, bei der auch die anlässlich des Treffens in Wien anwesenden Umweltminister vertreten waren. Dabei haben einige dieser Minister eine durchaus skeptische Haltung gegenüber der friedlichen Nutzung der Kernenergie eingenommen.

Als wichtigen Meilenstein sehe ich dabei, daß es uns bei der 2. Paneuropäischen Umweltministerkonferenz gelungen ist, eine Unterstützung durch die Länder Island, Irland, Luxemburg, Norwegen und Schweden beim langfristigen Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erhalten. Gleichzeitig haben wir die Frage der Kernenergie mit der Steigerung der Energieeffizienz bzw. der vermehrten Nutzung erneuerbarer Energiequellen verknüpft.

Um der Energiepolitik in unseren nördlichen Nachbarstaaten Alternativen aufzuzeigen, arbeitet mein Ressort an einer Reihe von Energieprojekten sowohl in Tschechien als auch in der Slowakei mit, in deren Mittelpunkt die großen Energiesparpotentiale beider Länder sowie der Transfer von umweltfreundlicher Technologie stehen. Umweltinvestitionen in beiden Ländern werden aus Mitteln des Ost-Ökofonds gefördert.

Rainer Paus-Kälber